



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 66. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellgebühr) oder 1,24 M. Postgebühren, bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellkarte.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelteller): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-29.

10 Pf. [Anzahl] 15 Pf. • Nr 224

DIENSTAG, 10. MAI 1932

ABEND-AUSGABE

Großer Tag in Versailles

Der Nachfolger des ermordeten Präsidenten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 10. MAI

Der Wahltag in Versailles hat um 2 Uhr begonnen. Die Wahlkolonnen derots haben beschossen, sich nicht der Stimme zu enthalten, sondern für den Senatspräsidenten Lebrun zu stimmen, obwohl er bisher nicht gerade zu ihren politischen Freunden gehörte, sondern ihr offen zur äußersten republikanischen Rechten beizähle. Seit 1 Uhr sitzen die Sozialisten beisammen und besprechen darüber, ob sie einen Kandidaten aufstellen oder sich einfach der Stimme enthalten sollen. Möglicherweise also wird Lebrun nur einen einzigen Gegenkandidaten, den Kommunisten Cahin, haben, der gewiß noch keine zwei Dutzend Stimmen auf sich vereinen wird.

In dem großen Theateraal füllen sich jetzt auch die Tribünen. Der Saal ist genau so hergerichtet wie das Palais Bourbon. Auf einer hohen Empore der Präsidentensitze. Auf dem Tisch des Präsidenten die mächtige elektrische Sphäre und der hölzerne Stab, mit dem sich der Leiter der Versammlung bei kleineren Zwischenfällen Stille zu verschaffen pflegt. Die hohe von Säulen eingesetzte Tribüne ist der Presse vorbehalten. Eine kleinere Zwischentribüne für die Familienangehörigen der Parlamentarier bestimmt.

Obwohl das politische Interesse an der Wahlaktion gering ist, ist die Hauptaufgabe, die von Paris nach Versailles führt, mittelfristig so dicht besetzt, als ob sich der Bezirk im Kriegszustand befände. Die Abzweigungen haben nichts mit dem tragischen Attentat auf den Präsidenten Doumer zu tun, sondern sie sind eine alte Tradition aus der Freiheit der dritten Republik. Auf jeder Seite der Chaussee stehen in Abständen von 500 Metern dann von 300 und schließlich von 100 Metern Gendarmen mit Revolvern und Stabwägen. In den Weidenübergängen sind ganze Abteilungen von Gendarmen aufgeteilt. Bei der Einfahrt in die Stadt werden die Gendarmen durch reguläres Militär abgelöst. Die Reiteren in der Nähe des Schlosses sind in ein offenes Heerlager verwandelt. Auf der großen Place

d'Armes vor der Schloßsinfahrt bilden mehrere Infanteriekompanien ein Spalier für die offizielle Einfahrt der Parlamentspräsidenten.

Aus den Fenstern des Rathpalaiss sieht man hinauf auf den Schloßhof, wo es von Militär wimmelt. Auch in den inneren Höfen haben die Enten Quartier bezogen. Die Gensdarmen sind in einem Feldlager je zu dreien zusammengefaßt. Der Feind der dritten Republik mag nur kommen. Man wird sich zu wehren wissen. Aber glücklicherweise ist seine Gefahr im Anzug, die Wahl des Senatspräsidenten Lebrun zum Nachfolger seines Vorgängers wird sich füglich in größter Ruhe abspielen.

Nachruf für Doumer

Punkt 2 Uhr betritt der Senatspräsident Lebrun, der zugleich der höhere Präsidentenstellvertreter ist, den Saal und setzt langsam auf die Tribüne. Er wird von der Rechten und von der Mitte mit Säbelknallen begrüßt.

Um 2 Uhr 15 erhebt er sich zu einer kurzen Gedenksprache an den Präsidenten Doumer: „Der Chef der Republik ist tot!“ Alle im Saal Anwesenden erheben sich von den Plätzen. In wenigen würdevollen Worten gedenkt Lebrun des Mannes, der vor ihm auf dem Präsidentenstuhl des Senates gesessen hat und dem er selbst nun auch ins Elend folgen wird. Im Anschluß daran wird das Büro gebildet.

36 Senatoren und Abgeordnete werden durch das Los ausgewählt, um die Abstimmung zu kontrollieren.

Unmittelbar darauf beginnt die Abstimmung. Der Direktor des Kammerbüros reist dem Präsidenten ein kleines Wörterbuch. Lebrun schlägt das Buch, ohne hinzusehen, auf und legt seinen Stab auf den Buchstaben. Das erste Wort der Liste, die er aufgeschlagen hat, fängt mit einem „M“ an. Die Abstimmung beginnt beim Buchstaben „M“.

Die Stille, die bis dahin im Saal geherrscht hat, läßt sich. Viele Abgeordnete, die erst später aufstehen werden, frönen hinaus. Nur die vordere Bank, auf der auffallend bleich Ministerpräsident Tardieu und neben ihm Finanzminister Flandin und Justizminister Reynaud Platz genommen haben, hält wieder im Saal aus.

Bilanzverschleierung aus Bescheidenheit

Einem Haushaltsbericht zu lesen, ist nicht jedermanns Sache. Es gehört schon ein besonderes Fertigkeiten an trocknen und präzisen Dingen dazu, um aus den reinen Zahlenkolonnen Ordnung und Anknüpfung zu gewinnen. Wer sich die Mühe dennoch macht, dem entziehen allerdings aus Abteilungen und Subtraktionen Einblicke in Details, in denen heutzutage nicht der unwichtige Teil des deutschen Haushalts sich abspielt. Die Schwierigkeiten müssen wohl sein. Ein Etat ist kein Roman, und auch die gefällige Zusammenstellung aller Zahlen, das harte Studium wird nicht erreichen können, daß seine Lesart nicht nur zusammenhängend, sondern eine Deutungslehre. Gerade darum aber sollte man erwarten, daß eine Regierung, die daran interessiert ist, daß die Deffektivität ihrer Leistungen würdigt, alles, was in ihren Kräften steht, tut, damit das Publikum ein sachliches und klares Bild davon gewinne, was erreicht und was unterbleiben ist. Bei uns geschieht das Gegenteil. Das Kabinett versucht, Bilanzverschleierung zu seinen Ungunsten. Das soll bemerkt werden:

Der den nächsten, nach letztem Schema aufgestellten Haushaltsentwurf des letzten Haushaltsjahres, der am 31. März zu Ende ging, durchläßt, der erfährt, daß dieses Jahr ein Defizit von 423 Millionen Mark erbrachte — trotz der Notverordnungen, trotz dem unerwartlichen und noch immer wachsenden Druck, trotz Kürzung auch der lebenswichtigen Ausgaben. Mein Wunder, daß es ähnlich auch in der Presse zu lesen heißt, die bereit ist, die Leistungen der Regierung ohne Vorurteil zu würdigen. Gut daß der Reichsfinanzminister Dietrich selbst in seiner großen Reichstagsrede es nicht für nötig befand, auch nur mit einem Wort darauf hinzuweisen, daß dieses Defizit in Wirklichkeit gar nicht besteht. Es ist eine Fiktion, entstanden durch einen leiblich formalen Buchungsorganismus. Denn fast genau so groß wie dieser Fiktionsbetrag ist der Posten von 420 Millionen für die außerordentliche Schuldentilgung, der die Regierung auszuweisen hat. Der Betrag, der in den Etat einzulassen gekommen war, wäre einmündig: In dem verbleibenden Teil der Letztjahresbilanz, es ist dem Reich im Vergleich zu seinem heutigen Zustand noch recht gut ging und man dennoch jeden Monat bei den Banken mit dem Gut in der Hand um einen Liebergangstreit beteln gehen mußte, hatten eines Tages die Großbank-Direktoren, die damals noch die „Reichsfinanzdirektoren“ waren, unter Führung Schachts dem Reich die Bitte, auf die Bewilligung zu verzichten. Der Reichstag wurde nur bewilligt, wenn sich das Reich vergrößerte und der Reichstag ein Gesetz annahm, daß noch an in jedem Haushaltsjahr 420 Millionen fünfziffrige Schulden über die regelmäßigen Amortisationen hinaus juristisch gezahlt würden. Das Reich, das die Beamtensgehälter sonst nicht hätte ausbezahlen können, mußte nachgeben. Diese Einwilligung gefascht aber, genau so, wie die Forderung der Banken unter der selbstverpflichtenden Voraussetzung, daß die 420 Millionen Mark auch tatsächlich verdient würden, daß also die Schuldentilgung wirklich um diesen Betrag sich vermindere.

Was aber geschieht jetzt? Die 420 Millionen Mark sind dieses Jahre braun gezahlt worden; zugleich aber hat man genau dieselbe Summe, nämlich den Gehelbetrag von 423 Millionen Mark von neuem borgen müssen; nicht nichts anderes bedeutet ja heutzutage das Wort „Fehlbetrag“, als daß man die Summe, die man ausgegeben hat, ohne sie rechtmäßig aus Steuern und Zöllen einnehmen zu können, irgendwo leihen muß. Das heißt mit anderen Worten: das Reich hat 420 Millionen Schulden gemacht, um 420 Millionen Schulden zurückzahlen zu können, die links Hand hat der rechten gegeben, damit die rechte bei einem Anschlag zahlen könne. Das Ganze ist ein neuer Aufsammlungsorganismus, bei dem effektive Summen weder gezahlt noch eingekommen wurden.

Es würde sich auch nicht mehr als ein Aufsammlungsorganismus handeln, wenn nicht eben dadurch der Einbruch der Weltwirtschaft, damit die rechte im letzten Jahr mit einem Fehlbetrag von fast einer halben Milliarde abgeschlossen hätte, nicht unter beverfälschterweise keine einzige aktive Stelle für nötig hielt, diesen Einbruch zu verhindern. In Wirklichkeit ist das Gegenteil geschehen: trotz der Bankentwässerungen, für die wenigstens hundert Millionen unvorhergesehen in den Etat angefaßt werden mußten, trotz der, allerdings unzulänglichen Maßnahme für die Gemeinden von 230 Millionen Mark, trotz der Einmündung, die alle Ermordungen übertraf, sein Hauptbuch in Ordnung halten können. Es hat im großen ganzen etwa dieselbe einge-

Sensation im Reichstag:

Es wird zur Sache gesprochen

Solch eine Reichstags-Session hat es schon lange nicht mehr gegeben. Mit einem Eifer, der überhaupt nicht übertrieben werden kann, wurde auch heute wieder zur Sache gesprochen. Und auch der nationalsozialistische Redner, Gregor Strasser, der doch gewiß kein Freund des trockenen Tonus ist, hielt sich, wie er selbst sagte, „unter Verzicht auf rhetorische Wirkung“ streng an das Thema „Finanzen und Arbeitsbeschaffung“.

Schon um 11 Uhr vormittags wurde die Sitzung eröffnet, weil man mit der Zeit vor Pfingsten sparlos umgehen muß. Die Regierungsparteien haben im Mittelstand der Opposition das Zugeständnis gemacht, weitgehende Redefreiheit zu bewilligen. Die Regierung hat drei Stunden Redezeit statt zwei Stunden wie ursprünglich beabsichtigt. Trotzdem hofft man, die nächsten Tage so gründlich auszulassen zu können, daß am Donnerstag die Reichstagsverhandlungen abgeschlossen werden können.

Die Eingangsreden der Außenpolitik, die man in der öffentlichen Reichstagsdebatte nicht erörtern kann, werden dann noch in einer vertraulichen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten behandelt werden. Der Reichstag selbst aber wird sich bis zum 6. Juni vertagen, da er dann ausreisender Arbeitsschiff vorliegen wird.

Strasser sprach als dritter Redner nach dem deutschnationalen Abgeordneten Wang, der als Mittelstimm gegen die Arbeitsfrage und die Befreiung der Wirtschaft, bei grundsätzlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates, antrieb, und dem schließlich

Österreichischer Vorkursch. Vertreter der neuen nationalsozialistischen Partei hielt Strasser ein richtiges Reden, an dem besonders interessant war, daß er ebenfalls den schwedischen Nationalökonom Cassel, einem der frühesten Vorläufer liberaler Wirtschaftstheorien anführte. Er brachte diesen Vortrag, um nachzuweisen, daß das Arbeitslosenproblem mit rein finanziellen Mitteln nicht mehr zu lösen ist, und als Lösung nur die Abkehr von der Geldwährung und eine „Arbeitsausweitung“ — lies Inflation — übrig bleibe.

Die politische Bilanz? In diesem Reichstag wird alles ganz gehen. Es werden keine ersten Spätergebnisse für das Kabinett Prüfung entstehen. Es werden aber auch sonst keinerlei politische Entscheidungen fallen. Jeder wartet offenbar auf den Abend.

Auch die Offerte an Weiling, die mit Strassers Erklärung gleich, bedeutet keine Forderung. Alle wollen Möglichkeiten offenhalten, weil in beiden Gruppen die Meinungen, Erwartungen, Wünsche weit auseinandergehen.

Rein Anlauf zum Disziplinerverfahren

Die braunfarbige Regierung teilt auf die Anfrage eines sozialdemokratischen Abgeordneten mit, daß sie dieses Antrag auf Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen sich selber wegen seiner Angriffe gegen Weiling nicht hatzulegen habe, da kein Anlauf zur Einleitung eines solchen Verfahrens vorliegt.